



Niederschrift zur 4. öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen der Stadt Zossen

Sitzungstermin: Donnerstag, den 18.06.2020
Sitzungsbeginn: 19:05 Uhr
Sitzungsende: 22:10 Uhr
Ort, Raum: **Bürgerhaus Wünsdorf (großer Saal), Am Bürgerhaus 1 in
15806 Zossen, Ortsteil Wünsdorf**

Anwesend sind:

stellv. Ausschussvorsitzender

Herr Rolf von Lützow

Ausschussmitglieder

Herr Stefan Christ

Herr Steffen Jerchel

Frau Janine Küchenmeister

Herr Sven Reimer

Vertreter für Herrn Hermann Kühnapfel

Bürgermeisterin

Frau Wiebke Schwarzweller

Öffentlichkeitsarbeit

Herr Fred Hasselmann

Protokollantin

Frau Andrea Reimer

Gäste

Frau Brigitte Böhme

Plan B

Herr Ulrich Böhme

Plan B

Herr Richard Buge

Ortsvorsteher Schünow

Bürger

Herr Denny Böhme

Herr Jörn Thyonadt

Herr Michael Schwendy

Herr Bodo Wosch

Frau Carolin Harder

Ortsbeirat Horstfelde / Plan B

Herr Dieter Jungbluth

Ortschronist Wünsdorf

Herr Matthias Juricke

Ortsvorsteher Horstfelde

Herr Oliver Kästner

Vizepräsident MSV Zossen 07

Frau Barbara Kaulen

Plan B

Frau Martina Leisten

Stadtverordnete

Herr Robin Lewinsohn

Plan B

Frau Michaela Schreiber

Plan B

Es fehlen:

Ausschussvorsitzender

Herr Hermann Kühnapfel

entschuldigt

Ausschussmitglieder

Herr Alexander Rümpel

entschuldigt

zu 1 Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden

Die Sitzung wird um 19:05 Uhr durch den stellv. Ausschussvorsitzenden, Herrn Freiherr von Lützwow eröffnet.

zu 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Freiherr von Lützwow stellt fest, dass von den sechs stimmberechtigten Ausschussmitgliedern fünf anwesend sind. Die Sitzung ist somit beschlussfähig.

zu 3 Feststellung der Tagesordnung

Es liegen keine Änderungswünsche oder Einwendungen gegen die Tagesordnung vor. Diese wird wie vorliegend abgestimmt.

Abstimmung: 5 / 0 / 0

zu 4 Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschriften über den öffentlichen Teil der Sitzungen des Ausschusses vom 18.05.2020 und vom 11.06.2020

Es liegen noch keine Niederschriften vor.

zu 5 Bericht aus der Verwaltung

Frau Schwarzweller:
Es gibt keinen Bericht aus der Verwaltung.

Der Wirtschaftsprüfer Herr Pfeleiderer wird gegen 19.30 Uhr an der Sitzung teilnehmen und über das Ergebnis des Jahresabschlusses 2018 berichten. Ich beantrage, Herrn Pfeleiderer das Rederecht einzuräumen.

Herr Freiherr von Lützwow:
Das ist sehr wichtig. Ich denke, wir sollten Herrn Pfeleiderer mit Beginn des Punktes 8 der Tagesordnung das Rederecht einräumen.

zu 6 Einwohnerfragestunde

Herr Juricke, Ortsvorsteher des Ortsteiles Horstfelde:
Ich habe 3 Anfragen:

1. Ich möchte zum Punkt 8 ein Rederecht beantragen
Der Beratungszeitraum für den Haushalt ist einfach zu kurz.
In der nächsten Woche soll bereits abschließend darüber beraten werden, das ist einfach nicht machbar.
2. Warum wird ein Doppelhaushalt für 2020/2021 aufgestellt?
3. Warum wird bei einer GmbH die Pacht in 2021 auf 0 gesetzt?

Frau Schwarzweller:
Über den Haushalt beraten wir nun schon seit Februar. Sie haben alle Unterlagen dazu erhalten. Irgendwann müssen wir auch als Verwaltung arbeitsfähig werden und die Beratung über den Haushalt zum Abschluss gebracht werden. Es ist geplant, in der Stadtverordnetenversammlung am 01.07.2020 alles zu verabschieden. Am Montag, 22.06.2020 wird es noch einmal eine Finanzausschusssitzung geben und am Mittwoch, 24.06.2020 tagt auch noch einmal der Hauptausschuss darüber. Dort können dann noch einmal alle Fragen, die dann noch offen sind, geklärt werden. Ich denke aber, wenn Herr Pfeleiderer unter Punkt 8 über den Jahresabschluss 2018 berichtet, werden viele Fragen bereits beantwortet.

Herr Lewinsohn:
Auf der Seite 27 des Haushaltssicherungskonzeptes steht: „Diese Erhöhung hätte allerdings nur eine imaginäre Auswirkung auf die Stadt Zossen.“ Richtig muss es aber heißen:

„Diese Erhöhung hätte allerdings nur eine marginale Auswirkung auf die Stadt Zossen.“
Dies müsste noch geändert werden.

Dann habe ich noch eine Frage, wie sind denn die Ist-Zahlen 2020 an Eingängen aus der Gewerbesteuer?

Weitere Fragestellungen von Herrn Lewinsohn wurden schriftlich an Frau Schwarzweller überreicht.

Frau Schwarzweller:
Die Erträge aus der Gewerbesteuer betragen 13 Mio. und die Rückerstattung beträgt 13 Mio., also haben wir hier + - 0.

Auf alle anderen Fragen bekommen Sie schriftlich eine Antwort.

Frau Schreiber:
Ich beantrage das Rederecht zu Punkt 8 der Tagesordnung und allen Unterpunkten sowie vorsorglich zum Jahresabschluss 2018.

Wenn die Erträge aus der Gewerbesteuer in 2020 gleich 0 sind, wie hoch sind denn die Anordnungen zur Gewerbesteuer im Haushalt geplant?

Die nächste Finanzausschusssitzung soll im Rathaus stattfinden. Damit ist klar, dass auf Grund des Platzmangels, die Abstandsregeln nicht eingehalten werden können. Ich bitte darum, dass der nächste Finanzausschuss wieder im Bürgerhaus durchgeführt wird, sonst schließen Sie uns Bürger von dieser Sitzung aus.

Frau Schwarzweller:
Die Anordnungen aus der Gewerbesteuereinnahme sind mit 50 Mio. Euro im Haushalt 2020 geplant.

Herr Haenicke, Lutz:
Ich beantrage ein Rederecht zum Punkt des Haushaltssicherungskonzeptes.

Aus der MAZ habe ich entnommen, dass die geplante Sanierung der Weiche in Dabendorf wieder rückgängig gemacht werden soll, da die finanziellen Mittel dafür nicht aufgebracht werden können.

Ich bitte Sie, Frau Schwarzweller, diese Entscheidung noch einmal zu überdenken. Damit vergibt sich Zossen Zukunftschancen, im Hinblick auf die weitere Entwicklung und einer möglichen Ansiedlung von Gewerbe.

Herr von Lützwow:
Diese Entscheidung trifft die Bürgermeisterin nicht alleine sondern alle Stadtverordneten. Wir werden das Für und Wider noch einmal abwägen und entsprechend entscheiden.

Herr Haenicke:
Ebenso sollte alles dafür getan werden, dass die Überführung in Wünsdorf auf keinen Fall vom Tisch kommt. Die Bahn will diese streichen und nur noch eine Brücke in Zossen bauen. Damit wäre Wünsdorf vollkommen abgeschnitten und das wäre für diesen Ortsteil fatal. Vielleicht sollte man hier bei den Beratungen die 2-Drittel-Regelung der Finanzierung in Betracht ziehen, dann wird es für alle Beteiligten entsprechend günstiger.

Herr von Lützwow:
Wir werden versuchen hier noch einmal alle an einen Tisch zu bekommen und diese ganze Problematik noch einmal erörtern. Dann werden wir sehen, was dabei rauskommt und entsprechende Maßnahmen ergreifen.

Herr Kästner:
Ich bin der Vizepräsident des MSV Zossen. In der MAZ habe ich gelesen, dass die Nutzungsgebühren für die Sportanlagen steigen sollen und hätte eine Frage, ob es denn schon konkrete Pläne gibt, wie die Steigerung der einzelnen Gebühren aussehen wird?

Für uns als Sportverein spielt das eine große Rolle, wenn wir jetzt für die Nutzung der Sportanlagen höhere Gebühren zahlen müssen. Auf der einen Seite werden die Zuschüsse für Vereine gekürzt und auf der anderen Seite die Gebühren erhöht. Ich sehe da jetzt schon keinen Spielraum mehr.

Frau Schwarzweller:

Es müssen alle Gebührensatzungen überprüft werden, aber für die Nutzung der Sportanlagen wird es keine wesentlichen Steigerungen der Gebühren geben. Ich hoffe natürlich, dass Sie mit keinen Steigerungen rechnen müssen. Ich will nicht linke Tasche, rechte Tasche.

Herr Buge:

Ich bin Ortsbürgermeister von Schönow. Es geht mir hier hauptsächlich um die Erhöhung der Steuern und Gebühren. Gerade die älteren Bürger, die nur eine kleine Rente haben oder aber auch die jungen Leute, die sich Eigentum schaffen wollen, sollen jetzt zur Kasse gebeten werden. Es ist doch schon alles teuer genug. Hier sollte man doch etwas differenzieren.

Die Gewerbesteuer soll auf 270 % erhöht werden und damit ist der Haushalt dann in 3 Jahren wieder ausgeglichen? Bleiben die Gewerbetreibenden dann auch und zahlen diese Erhöhung?

Sind für den Bau von Radwegen Gelder eingestellt worden?

Für den Punkt 8.2. möchte ich das Rederecht beantragen.

Frau Schwarzweller:

Die alten Satzungen müssen alle geprüft und an die aktuellen Gesetzmäßigkeiten angepasst werden, da geht kein Weg dran vorbei. Der niedrige Hebesatz der Gewerbesteuer führte zwangsläufig zu negativen Erträgen in den Jahren zuvor. Mit der Erhöhung des Hebesatzes erreichen wir eine deutliche Verbesserung der Haushaltssituation. Dies ist eine wichtige Grundlage, mit der wir gut arbeiten können und es schaffen könnten, in 3 Jahren wieder einen ausgeglichenen Haushalt zu bekommen. Die Gewerbetreibenden haben signalisiert, dass sie auch weiterhin in der Stadt bleiben, auch wenn sich der Hebesatz erhöht. Für den Radwegebau wurden im Haushalt 2020/2021 keine Mittel eingeplant. Es ist geplant, ein Radwegekonzept zu erstellen und entsprechende Fördermittel dann zu beantragen. Der Ausbau des Radwegenetzes war ein wesentlicher Punkt in meinem Wahlversprechen und diesen werde ich auch umsetzen.

Damit ist die Einwohnerfragestunde um 19.30 Uhr beendet. Herr von Lützwow legt eine Pause von 10 min. bis 19.40 Uhr fest.

zu 7 Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder

Frau Schwarzweller:

Ich möchte Sie bitten, morgen ab 12.00 Uhr auf die Homepage der Stadt Zossen zu schauen, dort wird dann bekannt gegeben, wo die Finanzausschusssitzung am Montag stattfindet.

Frau Küchenmeister:

Ich habe 3 Fragen.

1. Wie geht es jetzt mit der geplanten Überführung in Wünsdorf weiter? Wenn die Bahn diese streichen will, dann muss jetzt der Klageweg bestritten werden. Es sollte eine gute Anwaltskanzlei gefunden werden, die für uns die Klage führt. Wenn Gespräche nicht mehr helfen, dann müssen wir den Klageweg bestreiten und das so schnell wie möglich.
2. (Anfrage von Frau Küchenmeister wird direkt mit der amt. Kämmerin abgestimmt und beantwortet.)
3. Dann möchte ich noch etwas zum engen Zeitplan für das Durcharbeiten der Unterlagen sagen. Sie haben uns die Unterlagen so kurzfristig zur Verfügung gestellt, wie sollen wir es, wohlbemerkt als „Ehrenamtler“ es in so kurzer Zeit schaffen, hier die Zahlen zu prüfen. Wir haben auch noch Arbeit, Kinder und Familie. Den vollen Prüfbericht 2018 haben wir bis heute nicht. Lediglich PowerPoint Materialien, die Sie uns hier zur Verfügung gestellt haben.

Frau Schwarzweller:

Wir diskutieren über den Haushalt schon seit Februar. Ich habe Ihnen alle erforderlichen Unterlagen zur Verfügung gestellt und Herr Prof. Dr. Dombert hatte auch noch einmal einen Workshop zum Haushalt und Haushaltssicherungskonzept durchgeführt, diesen haben Sie ja leider nicht bis zum Ende besucht. Vielleicht hätten sich dann ja schon einige Fragen erledigt. Wie ich bereits schon erwähnte, soll der Haushalt am 01.07.2020 verabschiedet werden. Wir müssen jetzt endlich vorankommen, die Arbeit in der Verwaltung wartet. Das Haushaltssicherungskonzept muss auch noch vom Landkreis geprüft und genehmigt werden, so dass wir Ende Juli Anfang August wahrscheinlich erst mit einem bestätigten Haushalt rechnen können. Uns läuft die Zeit davon.

Herr Gurczik:

Ich verstehe nicht, warum wir hier heute über ein Haushaltssicherungskonzept entscheiden sollen. Zuerst sollte doch erst einmal alles daran gesetzt werden, einen ausgeglichenen Haushalt hinzubekommen und dann, wenn wirklich gar nichts mehr geht, ein Haushaltssicherungskonzept in Erwägung ziehen. Hier wird meine Meinung nach der zweite Schritt vor dem ersten gemacht. In der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg steht eindeutig drin, dass zuerst alles auszuschöpfen ist, um einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen. Als zweiten Schritt ist dann, wenn ein Ausgleich nicht erreicht werden kann, ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen.

Frau Schwarzweller:

Sie zweifeln ja sowieso immer alles an, was ihnen die Bürgermeisterin vorgibt.

Herr Gurczik:

Am 01.07.2020 soll der Haushalt verabschiedet werden. Dieser Termin wurde im Vorfeld überhaupt nicht mit allen Stadtverordneten abgestimmt. Es gibt eine klare Regelung, dass in den Sommerferien keine Sitzungen stattfinden, es sei denn, es liegt etwas sehr Dringendes an. Den Termin haben Sie wahrscheinlich mit ihren Leuten abgestimmt. Damit nehmen Sie einigen Stadtverordneten, die bereits im Urlaub sind, ganz einfach die Entscheidungsfindung über den Haushalt. Aus diesem Grund beantrage ich, dass die nächste Stadtverordnetenversammlung und damit die Entscheidung über den Haushalt nach den Sommerferien stattfindet.

Frau Schwarzweller:

Wir sind ihren Wünschen aus den Fraktionssitzungen nachgekommen, noch vor der Sommerpause den Haushalt zu verabschieden.

Frau Küchenmeister:

Das die Zahlen hier im Haushalt alle transparent dargestellt sind, ist in meinen Augen sowieso eine glatte Lüge. Wir haben von Ihnen bis jetzt lediglich PowerPoint Präsentationen und am 03.06. einen dicken Ordner zum Durcharbeiten erhalten. Ständig werden uns hier andere Zahlen präsentiert. Welche Zahlen stimmen denn nun eigentlich? Außerdem blieb uns, wie bereits schon erwähnt, überhaupt keine Zeit, die Zahlen vernünftig zu prüfen. Mit Übergabe der Unterlagen am 03.06.2020 hatten wir nicht einmal einen Monat zur Prüfung Zeit. Den Abschlussbericht zur Prüfung der Jahresrechnung 2018 von Herrn Pfeleiderer haben wir bis heute nicht erhalten. Von Seiten des Rechtsanwaltes Herrn Dr. Dombert wurde m.E. auch darauf verwiesen, zuerst zu versuchen, einen ausgeglichenen Haushalt hinzubekommen und dann erst auf ein Haushaltssicherungskonzept auszuweichen, wenn nichts mehr geht. Vor allem macht sich das auch nicht besonders gut, mit einem unausgeglichenen Haushalt gegen den Landkreis bezüglich der Kreisumlage diverse Klagen zu führen. Es wäre natürlich schön, wenn wir diese Klagen alle gewinnen würden, dann hätten wir keine Sorgen mehr und müssten uns nicht mit einem Haushaltssicherungskonzept beschäftigen. Aber der Kreis wird seine Hausaufgaben machen und auch die Formfehler beseitigen und dann werden die Chancen immer geringer. Nichtsdestotrotz sollte die Stadt liquide sein, wenn sie solche Klagen führt.

Frau Schwarzweller:

Wir haben den Haushalt ausführlich diskutiert und auch Herr Dr. Dombert hat dies in seinem Workshop, den sie ja leider vorzeitig verlassen haben, noch einmal offen dargelegt. Wir kommen an einem Haushaltssicherungskonzept nicht vorbei.

Herr Just:

Für mich klingt das alles sehr plausibel. Wenn man sich die Zahlen anschaut, müssen wir in 2020 mehr abführen als wir einnehmen und damit haben wir ein Problem, den Haushalt auszugleichen. Eigentlich ganz klar. Ich verstehe nicht warum wir hier streiten, ob wir ein Haushaltssicherungskonzept brauchen oder nicht. Wichtig ist doch, dass wir gemeinsam beraten wie wir uns in den kommenden Jahren gut aufstellen, um wieder einen ausgeglichenen Haushalt verabschieden zu können.

Frau Leisten:

Ich finde es auch nicht in Ordnung, die SVV in die Sommerferien zu legen, damit schließen Sie einige Stadtverordnete bereits von dieser wichtigen Sitzung aus.

Herr Jerchel stellte klar, dass die Bürgermeisterin hier wohl nicht die richtige Ansprechpartnerin sei, sondern der Vorsitzende der SVV.

zu 8 Beratung von Beschlussvorlagen

Herr Pfeiderer beginnt mit der Vorstellung der Präsentation über die Prüfung des Jahresabschlusses 2018.

Frau Schreiber:

Herr Pfeiderer, ich habe noch ein paar Fragen an Sie und ich möchte, dass dies im Protokoll festgehalten wird.

Sie sind ja nun schon einige Jahre als Prüfer in der Stadt Zossen tätig.

Haben Sie jemals von mir oder Frau Hollstein nicht alle Unterlagen erhalten, die Sie für die Prüfung benötigen haben? Haben wir Ihnen jemals den Einblick in die Buchungskonten verweigert?

Herr Pfeiderer bestätigte, dass er immer alle Unterlagen erhalten hat und auch in alle Buchungskonten einsehen konnte.

Frau Schreiber:

Herr Pfeiderer, haben Sie bei der Prüfung des Jahresabschlusses 2018 oder auch in anderen Jahren jemals illegale private Konten von mir oder Frau Hollstein vorgefunden und wurde auf diesen Konten Geld hin und her geschoben, um das Jahresergebnis zu schönen und zu manipulieren?

Herr Pfeiderer, wenn sie Bankkonten meinen sowieso nicht, aber es gibt auch keine Buchungskonten oder sonstige Konten die von Ihnen privat geführt wurden. Ich habe diesbezüglich nichts vorgefunden.

Frau Schreiber:

Herr Pfeiderer, haben Sie jemals die Aussage Frau Schwarzweller gegenüber getätigt, solche Konten vorgefunden zu haben bzw. dass überhaupt irgendein Verdacht besteht?

Herr Pfeiderer :

Nein, das habe ich nicht geäußert, da ich diesbezüglich nichts vorgefunden habe.

Frau Schreiber:

Dann möchte ich jetzt noch die Frage an die Ausschussmitglieder richten, ob von Frau Schwarzweller diese Aussage getroffen wurde und ich bitte Sie alle, ehrlich zu antworten. Hier geht es schließlich um meine Ruf und meine Ehre, die hier bis auf das Äußerste verletzt wurde.

Herr Christ beantwortete die Frage als Erster. Er bestätigte, dass dies von Frau Schwarzweller und Herrn Kühnapfel gesagt wurde und nicht nur im nichtöffentlichen Teil, sondern die Diskussion über einen völlig chaotischen Haushalt auch schon im öffentlichen Teil stattfand und dies alles ans Gericht gegeben werden müsste.

Frau Küchenmeister bestätigte ebenfalls den Wortlaut von Frau Schwarzweller und Herrn Kühnapfel und war über diese Aussage echt schockiert. Wenn das wirklich so ist, dann

haben wir hier eine Straftat, die zur Anzeige gebracht werden muss. Warum ist dies noch nicht passiert. Hier hätte man sofort handeln müssen.

Herr Jerchel äußerte sich nicht dazu, da dies nichtöffentlich sei.

Herr Pfeiderer stellte weiter den Jahresabschluss 2018 vor.

Frau Schreiber:

Herr Pfeiderer, ich habe noch eine Frage.

Haben Sie bei der Prüfung des Jahresabschlusses 2018 festgestellt, dass die Beträge aus den Gewerbesteuerzahlungen 2018, insgesamt 13 Mio. Euro, bereits von Frau Hollstein und mir aus der Einnahme herausgebucht und als Rückstellung gebildet wurde, im Falle einer Rückzahlung?

Herr Pfeiderer bestätigte, dass dieser Betrag aus der Einnahme in 2018 herausgebucht wurde und das Ergebnis damit entsprechend reduziert wurde.

Damit beendete Herr Pfeiderer seine Präsentation.

zu 8.1 **Haushaltssicherungskonzept für die Stadt Zossen für die Jahre 2020 - 2024** **Vorlage: 057/20**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt das Haushaltssicherungskonzept für die Jahre 2020 bis 2024

- a) *Mit Erhöhung der Grundsteuer B – ab dem Jahr 2021*
- b) *Mit Erhöhung der Gewerbesteuer auf 270 % – ab dem Jahr 2021*
- c) *Mit Erhöhung der Gewerbesteuer auf 240 % – ab dem Jahr 2021*
- d) *Mit Erhöhung der Hundesteuer – ab dem Jahr 2021*

Frau Schwarzweller:

Wir befinden uns seit Januar 2020 in der vorläufigen Haushaltsführung und im Moment werden nur pflichtige Aufgaben oder unaufschiebbare Aufwendungen, die sich zum Nachteil der Stadt Zossen auswirken könnten, getätigt. Freiwillige Aufgaben werden zurzeit nicht ausgeführt, mit Ausnahme dieser, die sich erheblich auf die soziale Struktur auswirken würden. Die Stadt Zossen muss nicht geplante Ausgaben tätigen, wie z.B. die Ausstattung der neuen Schule in Dabendorf, Umbaumaßnahmen am Gebäude der Goetheschule auf Grund der hohen Kinderzahlen im Hortbereich muss eine Brandschutztür eingebaut werden, der Neubau der Feuerwache in Wünsdorf und weitere Ausgaben Kita- und Hortbereich.

Wir müssen in den Jahren 2020 und 2021, auf Grund der Corona-Krise mit einem erheblichen Ausfall an Einzahlungen aus der Gewerbesteuer rechnen. Hinzu kommen die Transferaufwendungen Kreisumlage und Finanzausgleichsumlage die zu zahlen sind. Hier haben wir, wie bereits in den Jahren zuvor, auch für 2020 entsprechend Widerspruch gegen die Kreisumlage eingelegt. Auf Grund der Corona-Krise wird es zu einer verspäteten Veranlagung der Unternehmen durch das Finanzamt kommen, so dass dies auch zu einer Verschlechterung der Liquidität kommen wird. Mit dem Landkreis sind wir in Gesprächen, in wie weit Stundungsanträge greifen könnten. Wir gehen davon aus, dass uns der Landkreis, auf Grund der jetzigen Situation, die Zinsen für die Stundungen erlassen wird. Es wird von der Verwaltung zurzeit geprüft, in wie weit hier der Stadt Zossen Hilfen aus dem Konjunktur-paket helfen könnten. Voraussetzung dafür ist allerdings die Aufstellung eines gültigen Haushaltes.

Es fand eine Diskussion der Ausschussmitglieder und anwesenden Bürger statt.

Herr Lützwow beendete die Diskussion mit folgender Abstimmung: 2 / 1 / 2

Herr Haenicke stellte noch einmal die Frage, wie es denn jetzt auf einmal zu einem so desolaten Zustand des Haushaltes kommen konnte? In den Jahren davor war doch im-

mer alles in Ordnung.

Herr Juricke mahnte noch einmal die Beantwortung seiner Fragen an.

Frage 2: Warum ein Doppelhaushalt aufgestellt wird?

Frage 3: Warum wird bei einer GmbH die Pacht in 2021 auf 0 gesetzt?

Herr Gurczik:

Frau Schwarzweller, ich bitte Sie noch einmal darum, zuerst zu prüfen, ob wir nicht einen ausgeglichenen Haushalt hinbekommen. Dann muss eben Punkt für Punkt darüber beraten werden, ob wir die Ausgaben tätigen können oder nicht. Wenn wir dann feststellen, es gibt keine andere Lösung, dann sollten wir auf das Haushaltssicherungskonzept zurückgreifen. Aber eine Beschlussfassung am 01.07.2020 halte ich für unmöglich.

Ich habe jetzt immer wieder gehört, dass Frau Schreiber eingesperrt gehört. Herr Kühnapfel hat dies ja immer wieder betont. Wenn dem so ist, dann hätten Sie schon längst eine Strafanzeige stellen müssen, das wäre Ihre Pflicht gewesen.

Deshalb fordere ich Sie auf, in den nächsten 14 Tagen eine Strafanzeige zu stellen, ansonsten werde ich gegen Sie eine Strafanzeige stellen, wegen Strafvereitelung im Amt. An Frau Schreiber möchte ich noch den Rat geben, sich zu überlegen, ob sie etwas dagegen unternimmt. Immerhin geht es um Ihren Ruf und Sie sollten auch eine Anzeige wegen Verleumdung stellen.

Herr Blanke stellte an Herrn Pfeiderer noch die Frage, ob er beantworten könnte, ob wirklich vorher ein Haushaltssicherungskonzept beschlossen werden muss, oder ob man für 2020 doch einen ausgeglichenen Haushalt hinbekommen könnte?

Herr Pfeiderer konnte diese Frage nicht beantworten, da er die Zahlen des Haushaltes nicht kennt.

Herr von Lützwow bat die Ausschussmitglieder, alle Fragen zum Haushaltssicherungskonzept zu notieren und diese der Verwaltung einzureichen damit am Montag, in der nächsten Finanzausschusssitzung, alle beantwortet werden können.

zu 8.2 Haushaltssatzung 2020/2021 der Stadt Zossen mit ihren Anlagen, dem Haushaltsplan, dem Stellenplan und dem Investitionsprogramm Vorlage: 001/20

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt die Haushaltssatzung 2020/2021 mit ihren Anlagen

a) *in vorliegender Form.*

oder

b) *in der laut Protokoll geänderter Form.*

Frau Schreiber gab zu Bedenken, dass mit einer Erhöhung der Gewerbesteuer auf 270 % dann auch einige Gewerbetreibende Zossen verlassen werden. Sie habe sich da schon umgehört und einige haben dies auch schon bestätigt.

Herr von Lützwow regte an, vielleicht die Gewerbetreibenden noch einmal einzuladen und Gespräche zu führen.

Frau Küchenmeister äußerte zur Erhöhung der Gewerbesteuer auf 270 % ebenfalls ihre Bedenken. Warum beschließen wir zuerst das Haushaltssicherungskonzept und dann die Haushaltssatzung. Aus meiner Sicht ist dies nicht in Ordnung. Mit Beschluss des Haushaltssicherungskonzeptes erklären wir bereits sämtliche Erhöhungen und Einsparungen. Sie stellte an die Verwaltung die Frage, mit welchen Basiswerten hier, im Hinblick auf die Erhöhung der Gewerbesteuer, die Kalkulation aufgestellt wurde? Außerdem sollte auch

bedacht werden, dass es Briefkastenfirmen gibt und Gewerbetreibende, die mit ihrem Firmenstandort in Zossen hier viel investieren und die Stadt damit auch attraktiver machen. Hier sollte man doch fair bleiben. Deshalb meine Frage, wie haben sie kalkuliert, mit welchen Zahlen?

Des Weiteren sind im Stellenplan 4 neue Stellen ausgewiesen, wie verträgt sich dies mit einem Haushaltssicherungskonzept? Werden diese 4 Stellen wirklich benötigt? Warum gibt es in der Bibliothek ab diesem Jahr keine/keinen Auszubildende/n? Die Bibliotheken in der Stad leisten eine gute Arbeit. Hier sollte unbedingt darüber nachgedacht werden, noch einen Auszubildenden einzustellen.

Frau Schwarzweller informierte, dass das Haushaltssicherungskonzept Bestandteil des Haushaltsplanes und dieses in der Beratung und Beschlussfassung vor die Haushaltssatzung zu stellen ist. Mit der Erhöhung der Gewerbesteuer auf 270% werden wir eine Ertragserhöhung von rund 5 Mio. Euro und eine Reduzierung der Transferaufwendungen mit rund 5,4 Mio. Euro erzielen. Die Stadt Zossen liegt mit dem gesetzlich vorgeschriebenen Mindesthebesatz von 200 % ca. 124 % unter dem Landesdurchschnitt. Die Umlage hingegen müssen wir nach diesem jedoch zahlen. Mit einer Erhöhung der Grundsteuer B erhoffen wir uns eine Einnahme von mehr als 100 Tausend Euro im Jahr. Mit der Erhöhung der Hundesteuer, diese wird sich nicht so enorm bei den Einnahmen auswirken, ca. 28 Tausend Euro. Es ist für die Stadt von enormer Wichtigkeit, das Haushaltssicherungskonzept und auch die Haushaltssatzung mit ihren Anlagen so schnell wie möglich zu verabschieden, um endlich arbeitsfähig zu werden. Im Moment können durch die vorläufige Haushaltsführung nur Pflichtaufgaben und vertraglich vereinbarte Leistungen, die keinen Aufschub haben, erledigt werden. Vielleicht sollten wir endlich mal damit aufhören, uns hier gegenseitig das Leben schwer zu machen und den Krieg zwischen alter Bürgermeisterin und neuer Bürgermeisterin beenden. Viel wichtiger ist es, dass jeder seine Kraft und Ideen aktiv in die weitere Entwicklung der Stadt Zossen einbringt und versucht das Beste daraus zu machen, als ständig alles anzuzweifeln und Krieg zu führen.

Es fand zwischen den Ausschussmitgliedern und anwesenden Einwohnern und Gästen noch eine rege Diskussion statt.

Herr von Lützwow beendete die Diskussion, da es bereits nach 22.00 Uhr ist. Die Sitzung wurde um 22.05 Uhr geschlossen. Eine Abstimmung über diese Beschlussvorlage ist nicht erfolgt.

zu 8.3 **Satzung über die Erhebung von Realsteuern für die Stadt Zossen** **Vorlage: 058/20**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt die Satzung über die Erhebung von Realsteuern der Stadt Zossen:

a) *in der in der Anlage vorliegenden Fassung.*

oder

b) *in der laut Protokoll geänderten Fassung.*

entfällt

zu 8.4 **1. Satzung zur Änderung der Hundesteuersatzung der Stadt Zossen vom 01.01.2016**
Vorlage: 059/20

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt die 1. Satzung zur Änderung der Hundesteuersatzung der Stadt Zossen vom 01.01.2016:

a) *in der vorliegenden Fassung.*

oder

b) *in der laut Protokoll geänderten Fassung.*

entfällt

Rolf Freiherr von Lützw
stellv. Ausschussvorsitzender

Andrea Reimer
Protokollantin